

Flüchtlingsdebatte: Medien berichten negativ

Studie der Universität Trier widerlegt Mainstream-Vorwurf

Mitteilung: Universität Trier

Wenn Presse und Rundfunk über Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa berichten, ist schnell von „Mainstream-Medien“ die Rede. Der Vorwurf, insbesondere von rechtspopulistischen Kräften, lautet: Die Medien in Deutschland berichten regierungsnah und unkritisch, also einseitig positiv über Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik. Eine Studie der Trierer Medienwissenschaft widerlegt diesen Vorwurf.

Bei einer Untersuchung von Pressekommentaren hat Hanna Bossmann in ihrer Masterarbeit herausgefunden, dass die Zeitungen in Deutschland die Regierungsarbeit deutlich negativ bewerten. Den Ergebnissen liegen 172 Kommentare aus den Leitmedien Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Welt und taz sowie vom Online-Auftritt des Wochenmagazins Spiegel zu zwei Schlüsselereignissen zugrunde: zur Sommer-Presskonferenz am 31. August 2015, auf der Bundeskanzlerin Angela Merkel die Aussetzung des Dublin-Abkommens für syrische Flüchtlinge mit „Wir schaffen das“ bekräftigte sowie zur Kölner Silvesternacht zum Jahreswechsel 2015/2016.

Ausgewertet wurden alle Kommentare, die im Zeitraum von jeweils einer Woche vor und zwei Wochen nach dem Ereignis erschienen sind. „Erstaunlich war dabei zunächst einmal, dass Flüchtlinge, Asylbewerber und Migranten trotz des zentralen Aspekts, den sie in der Flüchtlingsdebatte darstellen, kaum direkt thematisiert wurden und auch nur sehr selten als tatsächliche Akteure auftauchten“, erläutert Bossmann.

Mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse ermittelte die Medienwissenschaftlerin schließlich, mit welchen so genannten Frames die Zeitungen die Einstellung der Leserinnen und Leser prägen. Ein Frame zeichnet sich dadurch aus, dass bestimmte Aspekte eines Themas hervorgehoben werden und andere keine Rolle spielen. So ist auch der Begriff „Flüchtlingskrise“ schon geframed und deshalb in Bossmanns Studie in Anführungszeichen gesetzt.

Der im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik häufigste Frame war „unfähige deutsche Politik“, bei der SZ und der FAZ wurde er in jeweils 39 Prozent der Kommentare angewandt. „Der Frame beschreibt eine pessimistische Sicht auf die Lösungskompetenz der nationalen Politik im Umgang mit der Flüchtlingskrise, wobei der Politik zudem Kompetenzen abgeschrieben werden, angemessen auf die Problematik reagieren zu können“, erklärt Bossmann.

Im Laufe der Zeit veränderte sich die Frame-Verwendung durch das Hinzukommen oder Wegfallen von einzelnen Frames in Abhängigkeit von den Schlüsselereignissen. „Während der deutschen Gesellschaft nach dem ersten Schlüsselereignis verstärkt Kompetenzen zugesprochen wurden und ein durchaus positives Bild entstand, wurde dies nach den Übergriffen an Silvester wieder ins Gegenteil verkehrt“, so die Autorin der Studie.

„Insgesamt lässt sich festhalten, dass insbesondere die den Medien vorgeworfene regierungsnah und unkritische Berichterstattung nicht bestätigt werden kann. Vielmehr leben die Kommentatoren ihre Advokaten-Rolle aus, machen auf Missstände aufmerksam und kritisieren die deutsche Politik deutlich“, fasst Bossmann zusammen.

Der Trierer Kommunikations- und Medienwissenschaftler Klaus Arnold, der die Studie betreut hat, lobt die Arbeit als hervorragendes Beispiel dafür, was kommunikationswissenschaftliche Analysen für die Gesellschaft leisten können. „Zweifel an Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Medien bringen die Pressefreiheit und damit unsere Demokratie in Gefahr. Es ist daher dringend notwendig, mit empirischen Studien gegenzusteuern. Die Sozialwissenschaften sind weiter gefordert, die Berichterstattung über die Flüchtlingspolitik und damit zusammenhängende Themen wie zum Beispiel aktuell die Debatte um die Innere Sicherheit gründlich zu untersuchen.“

PM v. 16.1.2017

Peter Kuntz

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Universität Trier

Quelle: idw-online.de